

Medienkonferenz vom 13. Juli 2006

Jean-Pierre Hocké, ehemaliger UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge

Das neue Asylgesetz soll also – so wird gesagt – die humanitäre Tradition der Schweiz bewahren!

Wer politische Massnahmen verlangt oder verfiicht, die sich der Wahrung der humanitären Tradition rühmen, muss diese zunächst auf ihre Praxistauglichkeit in der realen Welt abklopfen.

Gewiss, es lässt sich nicht leugnen, dass ausländische Drogenringe illegale Drogen in die Schweiz einschleusen, dass es organisierte Diebesbanden, illegale Einwanderer und Gewalt in den Städten gibt.

Wer jedoch den Bürgerinnen und Bürgern und ihren Volksvertreterinnen und Volksvertretern den Eindruck vermittelt, daran seien hauptsächlich die Asylsuchenden schuld, der liegt falsch und hat die Zahlen manipuliert. Zwar machen Ausländer und Ausländerinnen tatsächlich die Hälfte der polizeilich kontrollierten und verurteilten Delinquenten aus, aber nur ein kleiner Teil von ihnen gehört zur Kategorie der Asylsuchenden und nur ein ganz geringer Anteil wird wegen einer Straftat verurteilt.

Wer dem Volk zudem einreden will, die geplante repressive Gesetzgebung schrecke Personen, die Missbrauch betreiben wollen, ab und verhindere deren Einreise in die Schweiz, der betreibt vorsätzlich eine Art Gehirnwäsche –, ähnlich dem Marketing eines Pharmaunternehmens, das vorgibt, ein Wundermittel entwickelt zu haben, das gleichzeitig Krebs, Aids, Alzheimer und sogar noch Parkinson zu heilen vermag...

Der neue Gesetzentwurf ist nutzlos, da die erwähnten Delikte bereits unter geltendem Recht geahndet werden und die Täter für eine begangene Straftat schon nach den heutigen Rechtsvorschriften verurteilt werden können und müssen, egal ob sie Schweizer, Ausländer, oder Asylsuchende sind.

Ausserdem – selbst im Falle von Straftaten, die mit einer Ausweisung aus der Schweiz sanktioniert werden, ist eine zwangsweise Rückschaffung nur im Rahmen von Rückübernahme-Vereinbarungen mit den Herkunftsländern möglich. Einige der Bestimmungen des neuen Gesetzes bleiben somit Papiertiger – und Bern weiss das.

Das neue Gesetzespaket zeugt weniger von der Absicht der Bundesbehörden, Missbräuche zu verhindern. Man will damit vielmehr die Einreise in die Schweiz für alle Asylsuchenden so schwierig wie möglich gestalten, am liebsten ganz verunmöglichen. So gesehen, stellt die Abstimmung am 24. September lediglich eine Etappe dar; in Zukunft wird man versuchen, die Schraube noch enger anzuziehen.

Diese geradezu zwanghafte Suche nach der «Ideallösung» steht in krassem Widerspruch zur Realität der weltweiten Migration, für die Emigration/Immigration einerseits und Asyl andererseits nicht das Gleiche bedeuten.

Diese Migrationswirklichkeit existiert parallel zu einer Schweiz, die – wie ihre europäischen Nachbarn – seit Mitte der 1970er Jahre der Zuwanderung, die seit 1945 weitgehend unge-

hindert erfolgte, einen Riegel schieben will. Man beschränkte sich darauf, das Notventil des Asylwesens einzurichten – in der Hoffnung, damit würden alle Probleme gelöst.

Die 1980er Jahre zerstörten diese Illusion; die getroffenen Vorkehrungen erwiesen sich als unbrauchbar: verschiedene Konflikte und regionale Spannungen sowie die wachsende Verarmung der Länder im Süden liessen den Migrationsstrom anschwellen.

Doch noch immer weigern sich die Schweiz und ihre europäischen Partner hartnäckig, einen Migrationskurs einzuschlagen, der sowohl den andauernden Bedarf westlicher Industrien nach unqualifizierten Arbeitskräften und dem demographischen Bevölkerungsrückgang in Europa aber auch den Schutzbedürfnissen von Flüchtlingen Rechnung trägt. Dies erklärt die Spiegelfechtereie auf Gesetzesebene, die in einer politischen Bankrotterklärung des Bundesrates und der bürgerlichen Mehrheit im Parlament resultiert. Die Betroffenen werden, gewollt oder ungewollt, allein deshalb stigmatisiert, weil sie Schutz oder eine Arbeit suchen, was ihnen in ihrem Land wegen der dort herrschenden Gewalt oder dem Globalisierungsgefälle zwischen Nord und Süd verwehrt bleibt. Die Art, wie wir sie behandeln, sobald sie an unsere Türe klopfen, macht sie schrittweise zu «Untermenschen», deren Menschenwürde wir nicht mehr respektieren – obwohl wir das für uns selbst in Anspruch nehmen.

Wir sind nicht der Meinung, dass die Schweiz die ganze Welt beherbergen soll, vielmehr prangern wir die Art und Weise an, wie die Aufnahmekriterien angewendet werden und zweifeln, dass diese tauglich sind. Bei den ideologischen und bürokratischen Mechanismen, die hier ihre Wiederauferstehung feiern, müssen all diejenigen hellhörig werden, die sich noch an die beiden grossen Gewaltherrschaften des vergangenen Jahrhunderts in Europa erinnern. Ähnlich wie damals soll das Gewissen betäubt und jegliches persönliche Verantwortungsgefühl im Keim erstickt werden.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die Europäische Menschenrechtskonvention und die Genfer Flüchtlingskonvention zeugen davon, dass die internationale Gemeinschaft nach 1945 entschlossen war, zukünftig jeden und jede vor den Gräueltaten der Vergangenheit zu schützen und sich tagtäglich dafür einzusetzen, dass derartiges sich niemals wiederhole. Die jetzt dem Volk vorgelegte Gesetzgebung unterläuft jedoch ganz offensichtlich – nicht nur durch die Philosophie welche sie durchdringt, sondern auch durch konkrete Bestimmungen – die grundlegenden Prinzipien und ebenso wichtige wie wertvollen internationale Rechtsnormen. An dieser Feststellung ist nicht zu rütteln, auch wenn das Justiz- und Polizeidepartement fast beschwörend das Gegenteil behauptet. Sowohl das Flüchtlingshochkommissariat der UNO als auch der Menschenrechtskommissar des Europarates haben die Verstösse des neuen Asylgesetzes gegen die Flüchtlingskonvention und die Europäische Menschenrechtskonvention gerügt.

Die Schweiz, welche nie zögert, den humanitären Aspekt ihrer Ausländerpolitik herauszustreichen, ist hier auf einem Irrweg. Bern kann sich nicht der Schaffung des neuen Menschenrechtsrates loben und gleichzeitig in der Asylpolitik dermassen versagen, ohne Gefahr zu laufen, in der Gruppe der Staaten eingereiht zu werden, die zwar auf dem internationalen Parkett gerne die Menschenrechte beschwören, jedoch nur, um dann zu Hause umso ungehinderter gegen diese zu verstossen und so jegliche Glaubwürdigkeit und jeden Respekt zu verlieren.

* * *